



Deutschland darf Gesamtkonzernsteuer in EU nicht weiter blockieren

Deutschland darf Gesamtkonzernsteuer in EU nicht weiter blockieren
Offener Brief von Attac an Finanzverantwortliche des Bundes und der Länder
In einem offenen Brief (<http://t1p.de/Ansreiben-Finanzminister>) hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seine Kollegen in den Bundesländern aufgefordert, eine einheitliche Unternehmenssteuer (Gesamtkonzernsteuer/GKKB-Richtlinie) in der Europäischen Union nicht länger zu blockieren. Das Schreiben ist zudem an die Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern sowie die finanzpolitischen Sprecher im Bundestag und den Landtagsfraktionen gegangen. "Es ist unbegreiflich, dass die Richtlinie für eine einheitliche Unternehmenssteuer in der EU weiterhin blockiert wird, und zwar besonders von Deutschland", sagte Georg Frigger vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. "Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie kleine und mittlere Unternehmen zahlen ihre Steuern, während internationale Konzerne sich dem entziehen und die deutsche Politik in Untätigkeit verharrt. Das ist unerträglich." Die systematische Steuervermeidung vieler internationaler Konzerne beschäftigt seit langem die Politik. Verluste bei der Unternehmenssteuer in Deutschland werden auf 30 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Mehr als ein Viertel des gesamten Weltvermögens dürfte in Steueroasen liegen. Die G20 hat daher im Oktober 2013 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beauftragt, einen Aktionsplan zu erarbeiten, der im Herbst dieses Jahres vorliegen soll. Das Bundesfinanzministerium ist an den Verhandlungen intensiv beteiligt. Die EU-Richtlinie wurde 2011 nach zehn Jahren Vorarbeit von der EU-Kommission vorgelegt und im gleichen Jahr vom Europäischen Parlament verabschiedet. Zuletzt forderten EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker und EU-Steuerkommissar Pierre Moscovici ihre Einführung; ebenso das EU-Parlament in einem Beschluss vom März, der von fast allen Fraktionen einschließlich der Europäischen Volkspartei unterstützt wurde. Dennoch wurde Attac-Vertretern in einem Gespräch mit dem Bundesfinanzministerium am 3. Juli erneut gesagt, dass das Ministerium die Gesamtkonzernsteuer nicht unterstützt. Karl-Martin Hentschel von der Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern: "Diese skandalöse Blockade und faktische Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch die Bundesregierung muss sofort beendet werden. Deutschland muss sein gesamtes Gewicht in der EU in die Waagschale werfen, um die GKKB-Richtlinie und die begleitenden Maßnahmen zügig in Kraft zu setzen, damit endlich auch internationale Konzerne in Europa ihre Steuern bezahlen." Attac fordert, die einheitliche Unternehmensbesteuerung mit Mindeststeuersätzen zu verbinden, um dem Steuerdumping in der EU ein Ende zu setzen. Zugleich unterstützt das Netzwerk die Forderung nach öffentlichen Bilanzen aller internationalen Konzerne, in denen sie alle Aktivitäten für alle Länder ausweisen müssen, in denen sie tätig sind (Country-by-Country-Reporting). Weitere Informationen: Attac-Brief an die Finanzminister des Bundes und der Länder: <http://t1p.de/Ansreiben-Finanzminister> (Originallink: www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/konzernbesteuerung/150728_Ansreiben_Finanzminister.pdf) Attac-Hintergrundpapier "Luxemburg-Leaks und wie weiter? Wie Steuervermeidung wirksam bekämpft und warum eine Gesamtkonzernsteuer auch einseitig eingeführt werden kann": <http://t1p.de/Hintergrund> (Originallink: www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/konzernbesteuerung/150715_Luxemburg_Leaks_und_wie_weiter.pdf) Attac-Kampagne "Steuertricks stoppen!": www.attac.de/konzernbesteuerung Für Rückfragen und Interviews: Karl-Martin Hentschel, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern, Tel. 0151 5908 4268 Detlev von Larcher, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern, Tel. 0160 9370 8007 Georg Frigger, Attac-Koordinierungskreis, Tel. 0172 613 0745 Frau Dr. Distelrath Pressesprecherin Attac Deutschland Münchener Str. 48 60329 Frankfurt/M Tel.: 069 900 281-42 Fax: 069 900 281-99 0151 6141 0268 Mail: presse@attac.de 

Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.